



WIE WERDEN ENDLAGER IN TSCHECHIEN GESUCHT?

Petr Klásek

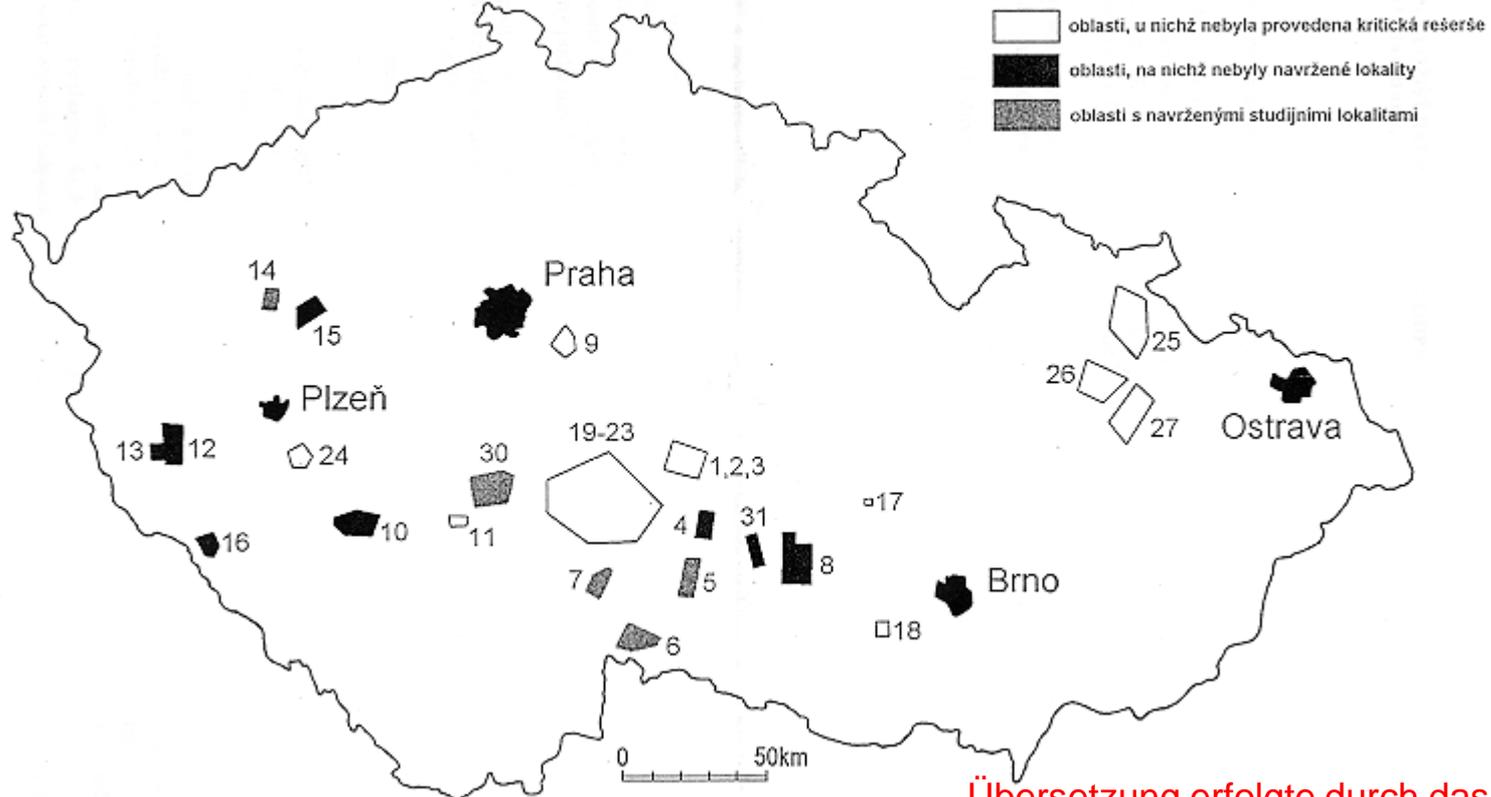
25. Oktober 2019

Plzeň

Ein wenig Geschichte

Tschechisches Geologie-Amt sucht 27 potenzielle Gebiete aus.

Geografische Position der Bereiche und Ergebnisse einer kritischen Recherche
Geografická pozice oblastí a výsledky kritické rešerše



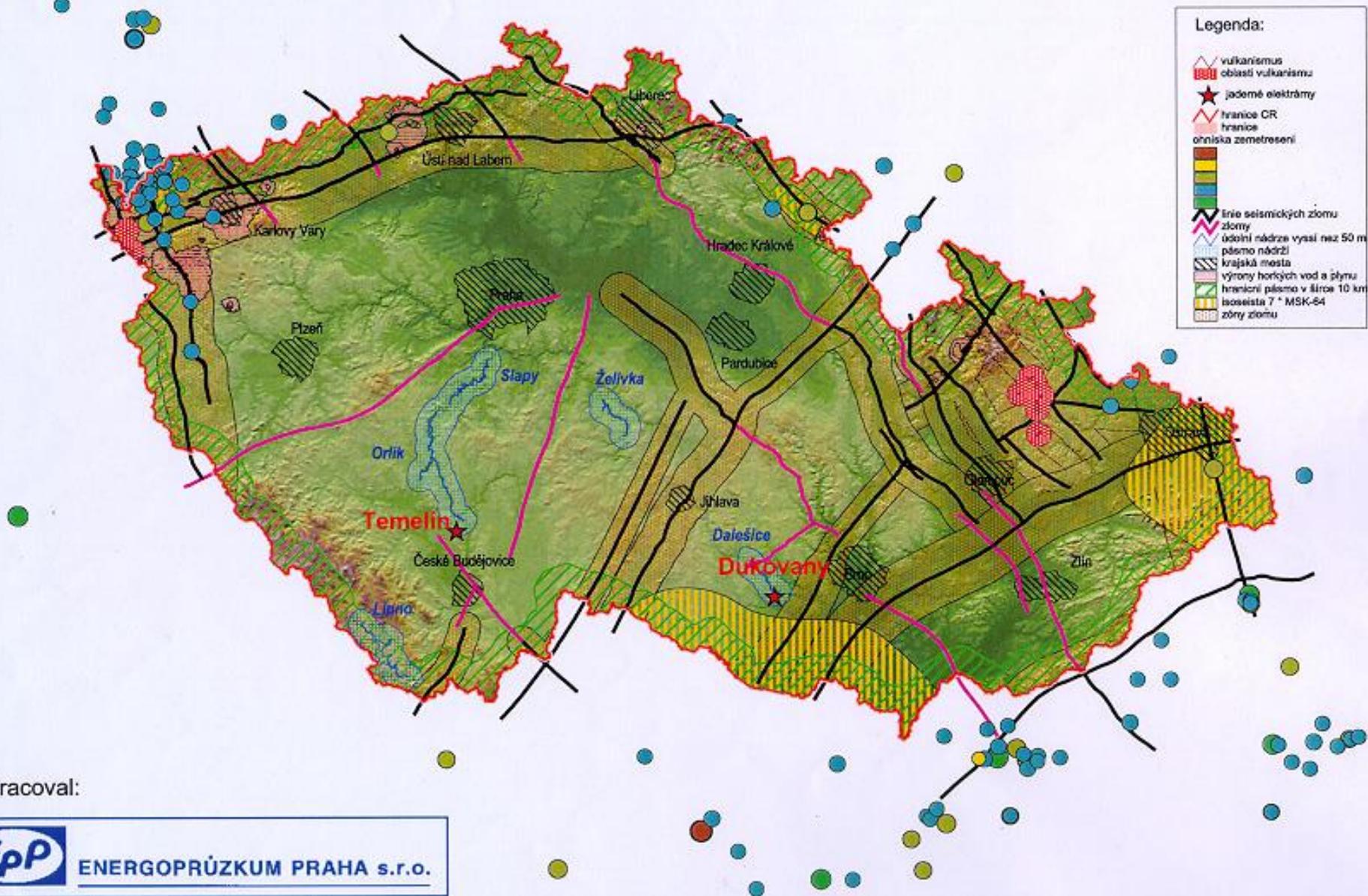
Übersetzung erfolgte durch das Projektteam

Ein wenig Geschichte

- 1993 bis 1997 - Programm zur Entwicklung eines geologischen Tiefenlagers
- koordiniert vom Rat der Sechs-Organisationen - ÚJV Řež, MPO, MH, MŽP, ČEZ und SÚJB
- 1. Juni 1997 - Gründung einer Regierungsorganisation - Behörde für die Endlagerung radioaktiver Abfälle (SÚRAO) , die für Fragen der nuklearen Abfälle zuständig war
- März 2001 - Die Liste der 8 im SÚRAO-Rat erörterten Standorte wird von diesem Rat der Öffentlichkeit zugänglich gemacht

VYLOUČENÍ NEVHODNÝCH ÚZEMÍ Z POHLEDU ZÁKLADNÍ BEZPEČNOSTI HÚ

Ausschluss nicht geeigneter Flächen aus der Sicht der Sicherheit des Tiefenlagers



Zpracoval:

EPP ENERGOPRŮZKUM PRAHA s.r.o.

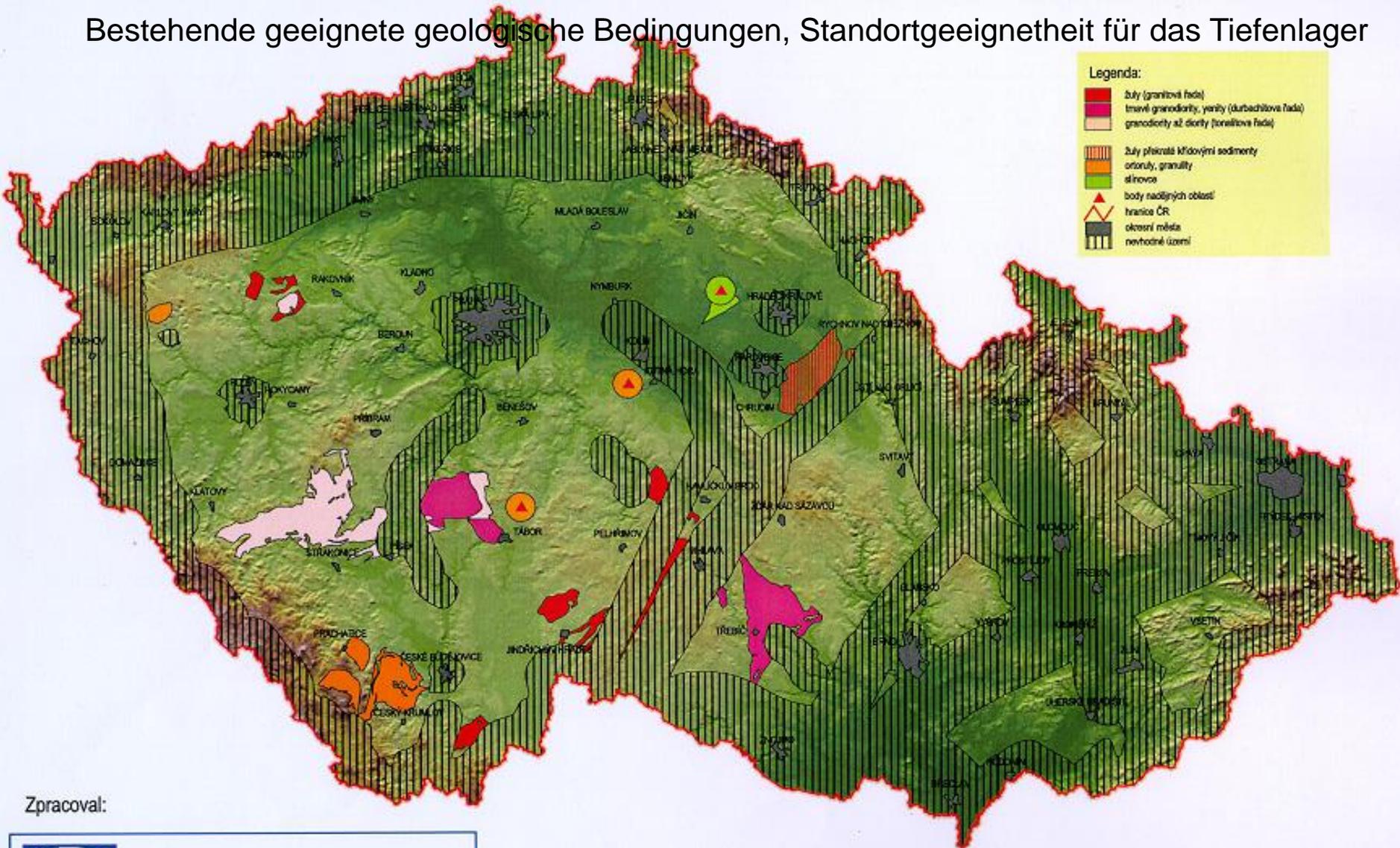
Übersetzung erfolgte durch das Projektteam

EXISTUJÍCÍ VHODNÉ GEOLOGICKÉ PODMÍNKY, UMOŽŇUJÍCÍ UMÍSTĚNÍ HÚ - KROK 2

Bestehende geeignete geologische Bedingungen, Standortgeeignetheit für das Tiefenlager

Legenda:

- žuly (granitová řada)
- tmavě granodiority, yerity (durbachilova řada)
- granodiority až diority (toralova řada)
- žuly překrásí křídovými sedimenty
- orizony, granully
- slinovice
- body nadřizných oblastí
- hranice ČR
- okresní města
- nehodné území



Zpracoval:

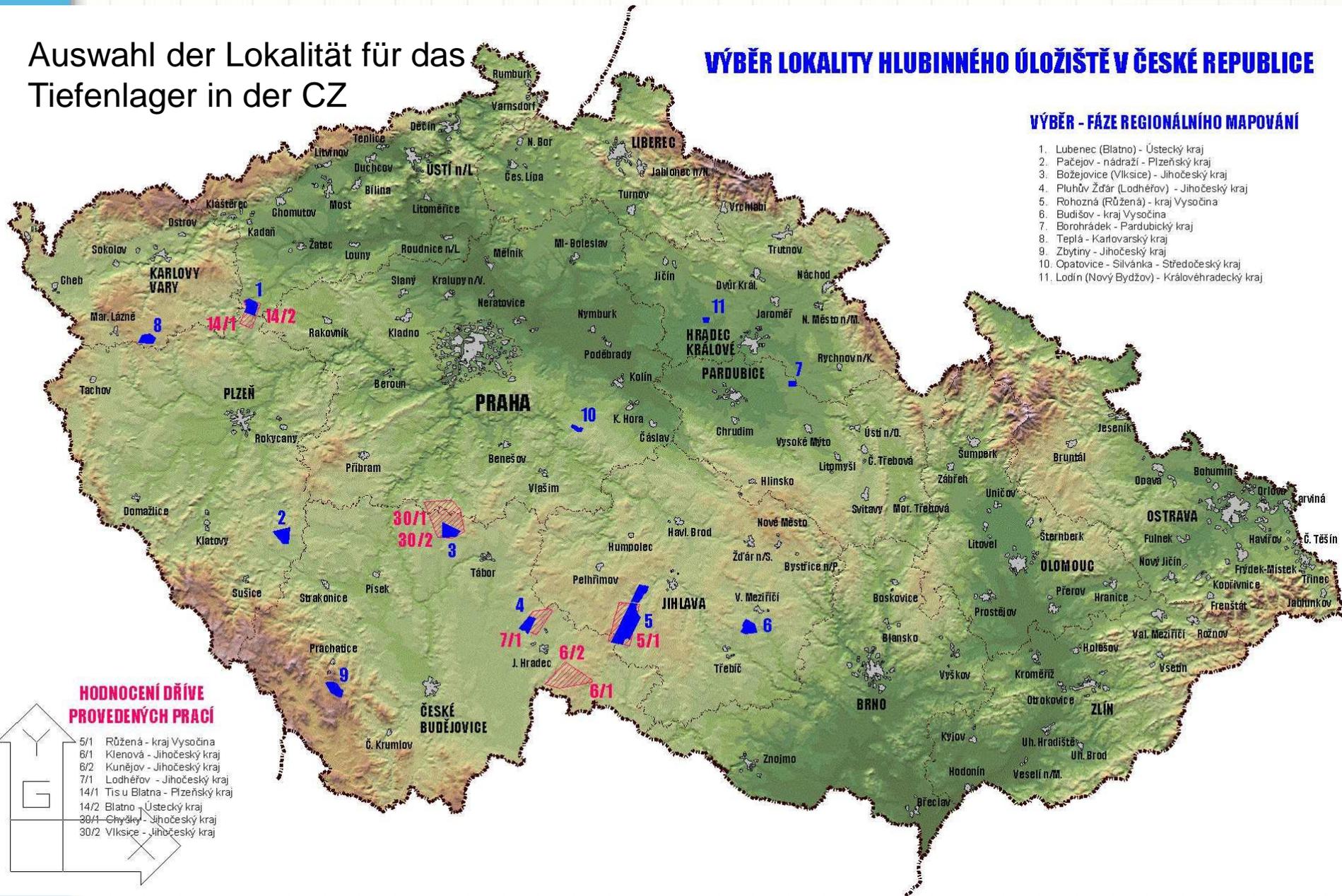
EpP ENERGOPRŮZKUM PRAHA s.r.o.

Auswahl der Lokalität für das Tiefenlager in der CZ

VÝBĚR LOKALITY HLUBINNÉHO ÚLOŽIŠTĚ V ČESKÉ REPUBLICĚ

VÝBĚR - FÁZE REGIONÁLNÍHO MAPOVÁNÍ

1. Lubenec (Blatno) - Ústecký kraj
2. Pačejov - nádraží - Plzeňský kraj
3. Božejovice (Vlksice) - Jihočeský kraj
4. Pluhův Žďár (Lodhěřov) - Jihočeský kraj
5. Rohozná (Růžená) - kraj Vysočina
6. Budišov - kraj Vysočina
7. Borohrádek - Pardubický kraj
8. Teplá - Karlovarský kraj
9. Zbytiny - Jihočeský kraj
10. Opatovice - Silvána - Středočeský kraj
11. Lodín (Nový Bydžov) - Královéhradecký kraj



HODNOCENÍ DŘÍVE PROVEDENÝCH PRACÍ

- 5/1 Růžená - kraj Vysočina
- 6/1 Klenová - Jihočeský kraj
- 6/2 Kunějov - Jihočeský kraj
- 7/1 Lodhěřov - Jihočeský kraj
- 14/1 Tis u Blatna - Plzeňský kraj
- 14/2 Blatno - Ústecký kraj
- 30/1 Chyžky - Jihočeský kraj
- 30/2 Vlksice - Jihočeský kraj

Die Wirtschaftsminister und Endlager

1998-2002: Miroslav Grégr



- 15.5.2002 - Die Regierung hat das Konzept für die Entsorgung radioaktiver Abfälle und abgebrannter Kernbrennstoffe in der Tschechischen Republik verabschiedet, das Konzept stammt von dem Minister Grégr. Als eines der wenigen konzeptionellen Dokumente erhielt sie im Jahr 2001 eine nicht einvernehmliche Stellungnahme des Umweltministeriums im Rahmen des SEA Prozesses.
- Plan für 2009 - 2015: Phase der Charakterisierung: „Das Ergebnis bis 2015 wird die Einbeziehung von zwei Standorten in die Flächennutzungspläne sein.“

Die Wirtschaftsminister und Endlager



2002-2003: Jiří Rusnok

- In den ausgewählten Standorten herrscht Unwille der Bürger und Bürgermeister



Übersetzung erfolgte durch das Projektteam

Die Wirtschaftsminister und Endlager



2003-2006: Milan Urban

- 2. 6. 2004 Die Regierung unterbricht für mindestens 5 Jahre die Erhebungen für das Endlager auf Vorschlag von Minister Milan Urban
- Reaktion auf erheblichen öffentlichen Widerstand: Eindeutige Ergebnisse lokaler Referenden, Petitionen, Umfragen und einer Reihe öffentlicher Veranstaltungen, einschließlich Demonstrationen vor dem Regierungsamt und Bezirksverwaltung.

Die Wirtschaftsminister und Endlager

2006-2009: Martin Říman



- Standpunkt des Ministeriums für Industrie und Handel, 2008: "In begründeten Fällen muss der Staat seine Interessen auch gegen den Willen einzelner Gemeinden durchsetzen können ..."
- „Dem Minister zufolge würden zwei bis drei Endlager für die Staaten der Europäischen Union ausreichen. Dies schließt jedoch die Möglichkeit des Baus eines Endlagers in der Tschechischen Republik nicht aus.“
- Die Truppenübungsplätze werden auch überprüft.

Die Wirtschaftsminister und Endlager



2009-2010: Vladimír Tošovský

- Einrichtung der Arbeitsgruppe für den Dialog über Endlager - Gemeindemitglieder, Verbände, staatliche Behörden, Soziologen, Anwälte,...
- Es zeigt das Ende des Moratoriums und den Start von Untersuchungen.

Überprüfung der Truppenübungsplätze: Boletice (Ersatzmöglichkeit)



Übersetzung erfolgte durch das Projektteam

Die Wirtschaftsminister und Endlager

**Juli 2010 – November 2011:
Martin Kocourek**



- Er schlug im Gesetz Fördergelder für Kommunen für Untersuchungen und für geologische Arbeiten vor.
- Der Standort Kraví hora wird überprüft.

Die Wirtschaftsminister und Endlager

November 2011 – Juli 2013: Martin Kuba



- Bis 2012 wurde Freiwilligkeit versprochen - SÚRAO wird die untersuchten Standorte nur mit Zustimmung der Kommunen und auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen vorschlagen.
- Zum Jahreswechsel 2012/2013 kam es zu einem wesentlichen Wandel - Standorte sollen eingerichtet werden, auch wenn die Kommunen nicht zustimmen. Die Erkundungsarbeit war in zwei Phasen unterteilt.
- Der Gesetzentwurf über die Einbeziehung der Gemeinden, der sich aus der Arbeitsgruppe ergibt, wird ignoriert.



Juli 2013 – Januar 2015: Jiří Cienciala

Januar 2014 – Februar 2017 : Jan Mládek

- Am 15. Juli 2016 wurde mitgeteilt, dass die Erkundungsarbeiten nicht fortgesetzt werden, wenn die Kommunen nicht einverstanden sind und SÚRAO soll die Vorbereitungen an den Orten Kraví Hora und Horka intensivieren, wo die Zustimmung der Bürgermeister vorliegt.
- Nachdem es zu einem Meinungswandel an beiden Ortschaften kam und die Gemeinden die Aussagen zurückgenommen haben, wurden die die Gemeinden vor Ende September (kurz vor der Wahl) gefragt, ob sie kooperieren wollen und kündigten dann leise ab.
- Im Dezember 2016 beantragt SÚRAO die Verlängerung der Frist für die Untersuchungen an allen sieben Standorten.
- Ende Mai 2016 wurden Verträge über weitere Erkundungen in Temelín - Süd und Dukovany - West unterzeichnet. Das Gesetz über die Einbeziehung der Gemeinden in die Auswahl der Endlager wurde nicht durchgesetzt.



Die Wirtschaftsminister und Endlager



April-Dezember 2017: Jiří Havlíček

- Abschluss der Genehmigung, Aktualisierung des Konzepts für die Entsorgung radioaktiver Abfälle und abgebrannter Kernbrennstoffe.
- Die Ausarbeitung des Gesetzes über die Einbeziehung der Gemeinden in die Auswahl des Endlagers wurde nicht vorangetrieben.

Die Wirtschaftsminister und Endlager

Dezember- Juli 2018: Tomáš Hüner



- Die versprochene Wiederaufnahme der Arbeit an der Abfassung des Gesetzes stoppte nach seinem Amtsantritt, es blieb nur bei den Versprechungen.
- SÚRAO zieht Anträge auf Verlängerung von Fristen zurück und eröffnet eine neue Runde von Streitigkeiten, um die Einrichtung neuer Erkundungsstandorte für spezifische Eingriffe in die Erdkruste an 9 Standorten.

Die Wirtschaftsminister und Endlager

**Juni 18 – April 19:
Marta Nováková**



- Reduziert die Auswahl der Standorte von 9 auf 4, da Daten fehlen
- Rückruf des Direktors von SÚRAO Slovák, Ernennung von Herrn Prachař
- Ende der Vertraulichkeit von Abschlussberichten, Zusage weiterer Änderungen

Die Wirtschaftsminister und Endlager



April 2019 - :
Karel Havlíček

- Besteht auf Terminen - Auswahl von 4 Standorten bis Mitte 2020, endgültiger Standort bis 2025
- SÚRAO zieht Anträge für neue Explorationsgebiete zurück
- Das Ministerium für Industrie und Handel legt einen Gesetzentwurf über die Beteiligung der Gemeinden an der Auswahl des Endlagers vor

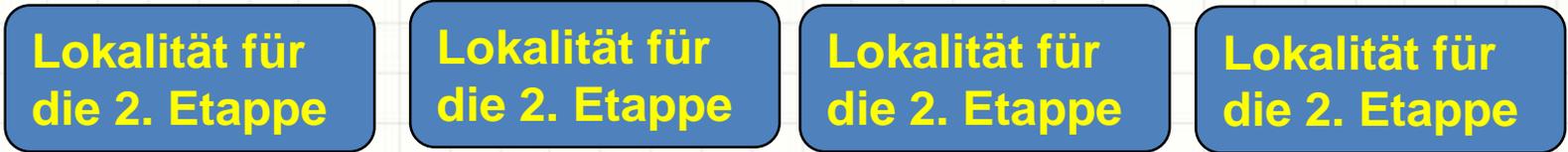
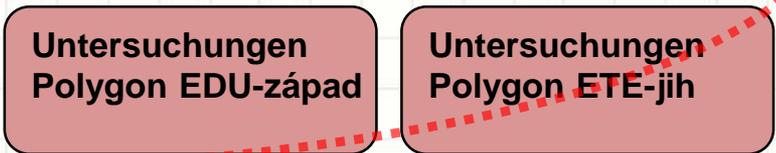
Die Suche nach einem Endlager 2019



1. Etappe

– do r. ~~2017~~ ~~2018~~ ~~2019~~ 2020

od r. 2016
+



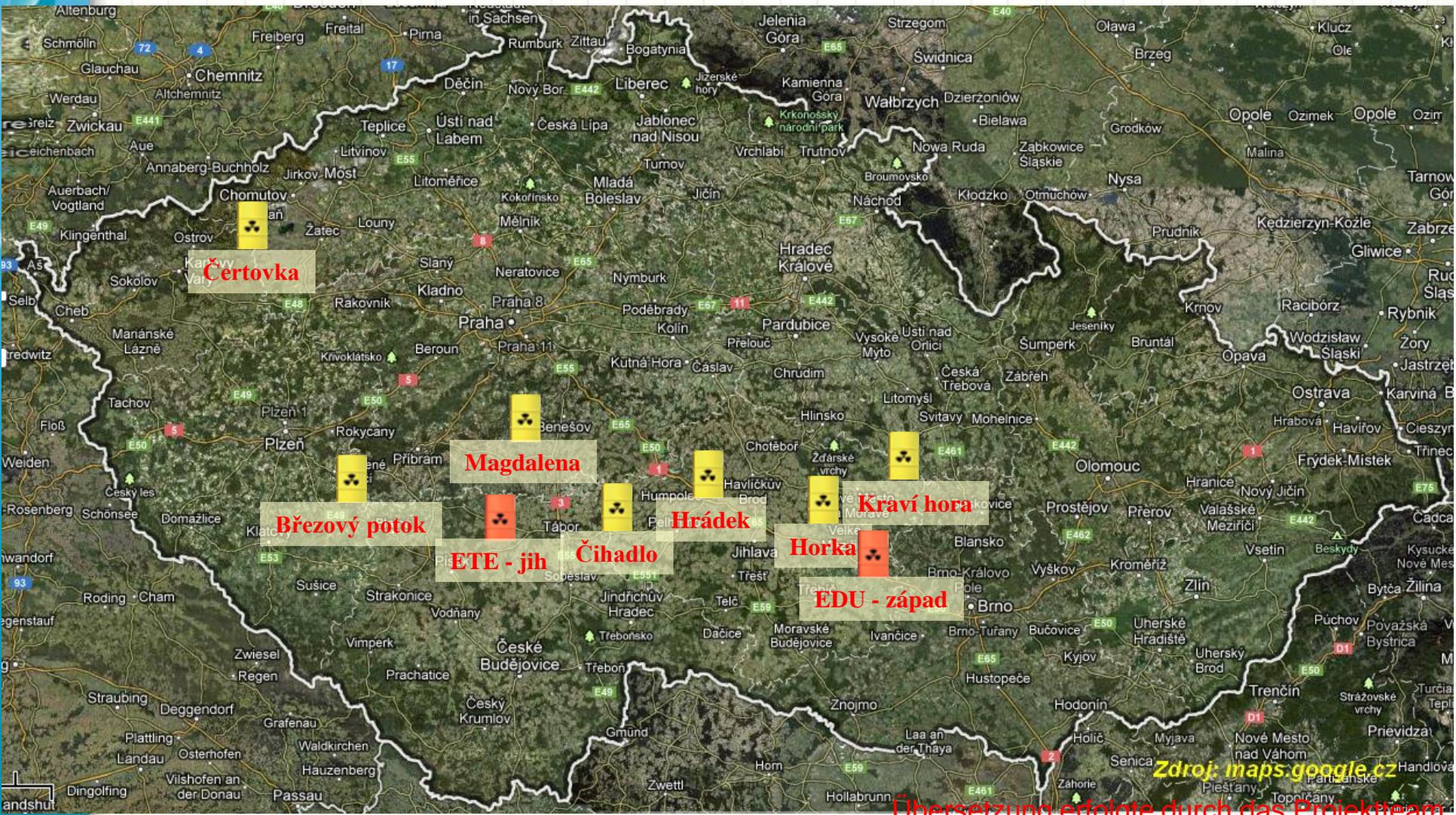
2. Etappe.

– ~~2018~~ ~~2019~~ 2020 až 2022

2022 bis
2025

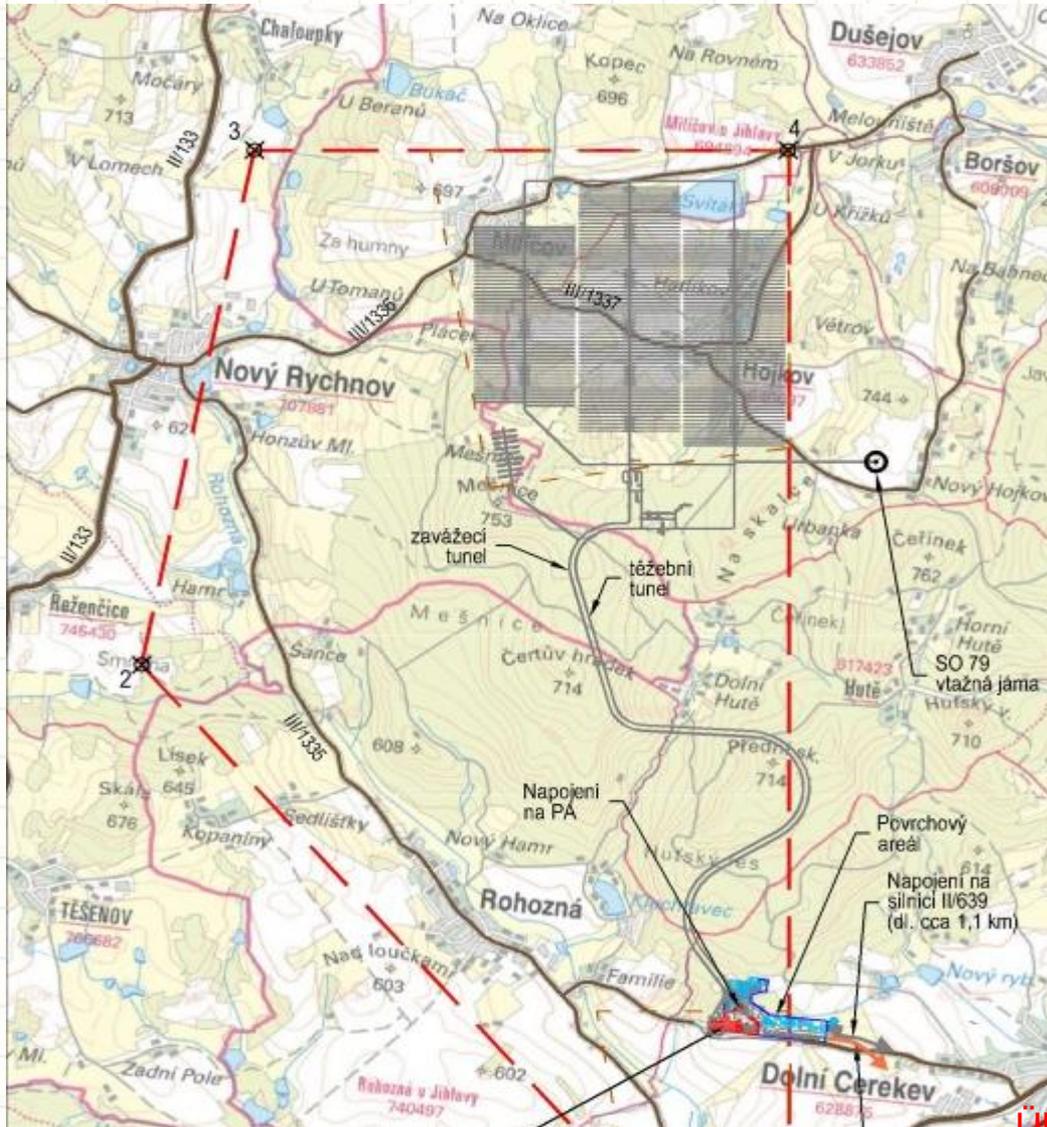


Standorte für Endlager im Jahr 2019



Übersetzung erfolgte durch das Projektteam

Ziel: bis 2065 soll ein Tiefenendlager eingerichtet werden



Ausgebrannte 4-10
Tonnen



Abfälle nach der
Stilllegung der
Kraftwerke



Institutionelle
Abfälle

Managementkonzept für radioaktive Abfälle und abgebrannte Kernbrennstoffe

- Erstmals genehmigt im Jahr 2002, obwohl das MŽP Einspruch gegen das SEA-Verfahren (Environmental Impact Assessment) erhoben hatte.
- Aktualisiert im Juni 2013, genehmigt von der Regierung erst im November 2017 (nach der Kritik der EG und nach der SEA).
- Auf Empfehlung der Europäischen Kommission wurde das Konzept in diesem Jahr fertiggestellt und am 26. August 2019 ohne öffentliche Diskussion von der Regierung verabschiedet.

Eine ernsthafte Debatte über andere echte Optionen zur Lösung des Problems unseres Atommülls fehlte und fehlt noch.

Die Plattform gegen Tiefenendlager kritisiert am Gesetz insbesondere:

- Die vorgeschlagene Beteiligung der Kommunen und der Öffentlichkeit an der Auswahl der Standorte für das Endlager ist absolut unzureichend. Wirklich effektiv kann es nur sein, wenn die Kommunen oder die Öffentlichkeit Einfluss darauf nehmen können, ob der Prozess vor Ort überhaupt fortgesetzt wird. Dies kann nur dadurch sichergestellt werden, dass die Behörde verpflichtet wird, die Zustimmung der betroffenen Gemeinden einzuholen, bevor ein bestimmtes Verfahren eingeleitet wird.
- Der eingereichte Vorschlag zum Thema vernachlässigt die Beteiligung der Öffentlichkeit fast vollständig und macht die Bürger von Gemeinden praktisch zu bloßen Statistiken in den Genehmigungsverfahren.

Die Plattform gegen Tiefenendlager kritisiert am Gesetz insbesondere:

- Der Vorschlag behandelt nicht das Verfahren, wie die Endlager gesucht werden, die häufige Zweckänderungen verhindern würden, wie dies bis vor kurzem der Fall war. Es wäre auch angebracht, die Kriterien für die verschiedenen Phasen des Auswahlverfahrens in das Gesetz aufzunehmen.
- Dem Vorschlag fehlt jeglicher Versuch, ein Vergütungssystem für den gesamten Prozess des Auffindens und Auswählens eines Standorts für die Endlagerstandorte, dessen Aktivierung und anschließender langfristiger Ausführung einzurichten.

Petr Klásek, Bürgermeister von Chanovice und Sprecher der Plattform gegen das Endlager, Gemeinden und Bürger verteidigen ihre Rechte:

„Mit dem Endlager eilen wir nicht, lasst es uns richtig machen. Wir haben von Anfang an ein Gesetz gefordert, um die Rechte der Gemeinden und der in ihnen lebenden Menschen zu gewährleisten. Wir sind uns erneut der außergewöhnlichen, einzigartigen, gefährlichen und langfristigen Natur des betreffenden Endlagers bewusst. Und der Druck, die Standorte einzugrenzen, steigt. Zuerst müssen allgemeine verbindliche Regeln festgelegt und dann befolgt werden. Nein, im Gegenteil.“

Petr Klásek, Bürgermeister von Chanovice und Sprecher der Plattform gegen das Endlager, Gemeinden und Bürger verteidigen ihre Rechte:

„In diesem Jahr sind 30 Jahre vergangen, seit das kommunistische Regime mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungstruppen aufrechterhalten wurde. Die Aktionen einer Reihe von SÚRAO und Regierungsämtern scheinen mir den Bolschewiken schwer zu tun.

Die Frage, wie und wo mit radioaktiven Stoffen (Abfällen) umgegangen wird, ist für unsere Bürger auch eine Atr der demokratischen Prüfung in unserem Heimatland. “

Proteste dauern



Übersetzung erfolgte durch das Projektteam

Proteste dauern



Übersetzung erfolgte durch das Projektteam

Plattform gegen das Endlager, Gemeinden und Bürger verteidigen ihre Rechte

Gegründet im Juni 2016. Es handelt sich um eine freiwillige, gemeinnützige Gemeinschaft von Kommunen und Verbänden. Derzeit 47 Mitglieder, darunter 32 Städte und Gemeinden und 15 Vereine.

www.plattformaprotiulozisti.cz



Übersetzung erfolgte durch das Projektteam

Plattform gegen das Endlager, Gemeinden und Bürger verteidigen ihre Rechte

Ziel der Plattform ist es, nach einer Lösung für das Problem abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle zu suchen, die offen und transparent ist und in der die Gemeinden und die Öffentlichkeit ausreichende Garantien haben, um ihre berechtigten Interessen zu vertreten.

- www.platformaprotiulozisti.c



Was tun mit hochradioaktiven Abfällen?

Die Lösung muss:

- **Machbar sein**
- **Garantiert langfristige Sicherheit**
- **Akzeptanz in der Öffentlichkeit, insbesondere bei den Betroffenen**
- **Möglichkeit unserer Nachkommen, die Aufbewahrungsmethode zu ändern**

Was tun mit hochradioaktiven Abfällen?

Dies setzt voraus:

- Definition des Prozesses im Voraus so, dass er objektiv ist, unbestreitbare Auswahlkriterien verwendet, vollständig transparent ist und die Steuerung des Prozesses durch unabhängige, von der Komune ausgewählte Experten ermöglicht.
- Verabschiedung eines Gesetzes, um sicherzustellen, dass die Kommunen und die Öffentlichkeit ihre berechtigten Interessen bei der Entscheidung über die Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle wirksamer vertreten können.

Verzögerungen in der Größenordnung von Einheiten von Jahren bedeuten nichts im Vergleich zu der Sicherheitsanforderung für Hunderttausende von Jahren. Verantwortungsbewusstes Handeln liegt heute in unserer Verantwortung gegenüber den Nachkommen.

Danke für die Aufmerksamkeit!



Sprecher der Plattform

Petr Klásek, tel.: 606 745 795, mail: obec.chanovice@email.cz

Sekretär der Plattform

Edvard Sequens, tel.: 602 282 399, mail: edvard.sequens@calla.cz

Übersetzung erfolgte durch das Projektteam